



Brüssel, den 5. Oktober 2016

12883/16

**Interinstitutionelles Dossier:
2016/0130 (COD)**

**SOC 590
EMPL 392
SAN 346
IA 81
CODEC 1381**

BERICHT

Absender: Ausschuss der Ständigen Vertreter (1. Teil)
Empfänger: Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz)
Nr. Vordok.: 12224/16 SOC 525 EMPL 346 SAN 325 IA 69 CODEC 1264 + COR 1
Nr. Komm.dok.: ST 8962/16 SOC 255 EMPL 158 SAN 187 IA 23 CODEC 666 ADD 1 - ADD 3
Betr.: Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND
DES RATES zur Änderung der Richtlinie 2004/37/EWG des Rates über den
Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Karzinogene oder
Mutagene bei der Arbeit
– Allgemeine Ausrichtung

I. EINFÜHRUNG

Die Kommission hat am 13. Mai 2016 ihren Vorschlag zur Änderung der Richtlinie 2004/37/EG über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Karzinogene oder Mutagene bei der Arbeit vorgelegt. Der Vorschlag stützt sich auf Artikel 153 Absatz 2 AEUV.

Die vorgeschlagene Überarbeitung betrifft die Anhänge I und III der Richtlinie 2004/37/EG. In Anhang I wird eine Bestimmung über die durch ein Arbeitsverfahren entstehende Exposition gegenüber alveolengängigem kristallinem Siliciumdioxidstaub (Quarzfeinstaub) aufgenommen. Was Anhang III betrifft, so enthält die geltende Richtlinie drei karzinogene Stoffe (Hartholzstäube, Benzol und Vinylchloridmonomer) und deren Grenzwerte für die berufsbedingte Exposition; mit dem Vorschlag werden die Grenzwerte für zwei dieser Stoffe geändert und neue Grenzwerte für weitere elf Stoffe aufgenommen.

Die Kommission hat außerdem eine zweistufige Anhörung der Sozialpartner auf europäischer Ebene gemäß Artikel 154 AEUV durchgeführt. Die Kommission hat die dreigliedrige Arbeitsgruppe "Chemische Stoffe am Arbeitsplatz" (WPC), die Teil des dreigliedrigen Beratenden Ausschusses für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz (ACSH) ist, konsultiert und die Ergebnisse der wissenschaftlichen Beratung durch den Wissenschaftlichen Ausschuss für Grenzwerte berufsbedingter Exposition gegenüber chemischen Arbeitsstoffen (SCOEL) berücksichtigt. Die Festlegung der Grenzwerte beruhte auf einer Analyse der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen der verschiedenen strategischen Optionen für jeden einzelnen chemischen Arbeitsstoff und erfolgte auf der Grundlage der Kriterien wissenschaftliche Beratung durch den SCOEL, Wirksamkeit, Effizienz und Kohärenz. Diese Grenzwerte fanden auch im ACSH Zustimmung. Die Kommission wird voraussichtlich Ende dieses Jahres ein neues Paket mit Vorschlägen für Grenzwerte vorlegen.

Da Artikel 153 Absatz 2 Buchstabe b in Verbindung mit Artikel 153 Absatz 1 Buchstabe a des Vertrags die Rechtsgrundlage bildet, muss der Rat im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens mit dem Europäischen Parlament mit qualifizierter Mehrheit beschließen.

Das Europäische Parlament hat seine Stellungnahme noch nicht abgegeben.

Der Ausschuss der Regionen hat seine Stellungnahme noch nicht abgegeben.

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss hat seine Stellungnahme am 21. September 2016 angenommen.

II. DIE BERATUNGEN DES RATES

Die Gruppe "Sozialfragen" (SQWP) hat unter niederländischem Vorsitz im Mai 2016 mit der Prüfung des Vorschlags begonnen. In drei Sitzungen wurden die entsprechende Folgenabschätzung¹ und die Antworten auf den an die Mitgliedstaaten verteilten Fragenkatalog erörtert.

Der niederländische Vorsitz hat für die Juni-Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) einen Sachstandsbericht (Dok. 9625/1/16) vorgelegt; auf der Tagung fand die Änderung der in der Richtlinie über Karzinogene und Mutagene von 2004 enthaltenen Liste mit Karzinogenen breite politische Unterstützung.

¹ Der Vorschlag und die Folgenabschätzung sind in den Dokumenten 8962/16 + ADD 1 bis ADD 3 enthalten.

Der slowakische Ratsvorsitz konnte auf der Grundlage dieser Fortschritte die technischen Beratungen in relativ kurzer Zeit abschließen. Der Vorsitz hat die Erwägungsgründe unter Berücksichtigung der Standpunkte der Delegationen angepasst, jedoch auch empfohlen, die von der Kommission vorgeschlagenen Grenzwerte (Dokument 8962/16 ADD 1) beizubehalten. In der letzten Sitzung der Gruppe unterstützte die Mehrheit der Delegationen den Ansatz des Vorsitzes (Dokument 11551/16) als einen ausgewogenen Kompromiss, mit dem das Ziel der Festlegung einer allgemeinen Ausrichtung im Rat erreicht werden kann. Dennoch äußerten einige Delegationen Bedenken hinsichtlich der Grenzwerte, da sie ihnen nicht ehrgeizig genug erschienen (siehe unten Buchstabe a).

Der AStV hat am 5. Oktober den in der Anlage zu diesem Bericht enthaltenen Entwurf des Vorschlags gebilligt, damit auf der Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) am 13. Oktober eine allgemeine Ausrichtung festgelegt werden kann. Außerdem nahm der AStV die Zusammenfassung der unter niederländischem Vorsitz geführten Beratungen über die Folgenabschätzung (Addendum zu Dokument 12224/16 + COR 1) zur Kenntnis.

Noch bestehende Vorbehalte

a) Spezifische Vorbehalte: Anhang III – Chrom VI (CrVI)

Die Kommission hat einen Grenzwert von $0,025 \text{ mg/m}^3$ vorgeschlagen. DE hat, unterstützt von FR, einen Wert von $0,001 \text{ mg/m}^3$ vorgeschlagen, der dem Bewertungsstandard für Chrom(VI) in ihren nationalen Rechtsvorschriften entspricht. SE war ebenfalls der Auffassung, dass der Grenzwert für CrVI gesenkt werden sollte, und zwar auf mindestens $0,005 \text{ mg/m}^3$. BE hat als Kompromiss die Möglichkeit vorgeschlagen, einen Übergangszeitraum festzulegen, wobei bis zum 1. Januar 2020 der Grenzwert bei $0,025 \text{ mg/m}^3$ liegen und nach diesem Datum automatisch ein Grenzwert von $0,005 \text{ mg/m}^3$ gelten würde.

BE, DE, DK, FR, NL, LT und SE haben im AStV die Auffassung vertreten, dass die Grenzwerte für Chrom VI, die im Kompromissvorschlag in der von der Kommission vorgeschlagenen Höhe beibehalten wurden, nicht ehrgeizig genug seien. Diese Delegationen haben angekündigt, dass sie zu dieser Frage eine gemeinsame Erklärung für das Protokoll über die Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) am 13. Oktober abgeben würden. FR und SE haben jetzt im Sinne eines Kompromisses ihre Prüfungsvorbehalte zurückgezogen.

BE und DE sehen sich nicht in der Lage, dies vor der Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) ebenfalls zu tun.

b) Parlamentsvorbehalte

UK hat seinen Parlamentsvorbehalt aufrechterhalten.

III. FAZIT

Der Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) wird ersucht, auf seiner Tagung am 13. Oktober 2016 eine allgemeine Ausrichtung zu dem Text in der in der Anlage wiedergegebenen Fassung festzulegen.

Vorschlag für eine

**RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES
zur Änderung der Richtlinie 2004/37/EG über den Schutz der Arbeitnehmer gegen
Gefährdung durch Karzinogene oder Mutagene bei der Arbeit
(Text von Bedeutung für den EWR)**

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION –
gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), insbesondere auf
Artikel 153 Absatz 2 Buchstabe b in Verbindung mit Artikel 153 Absatz 1 Buchstabe a,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

nach Zuleitung des Entwurfs des Gesetzgebungsakts an die nationalen Parlamente,

nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses²,

nach Stellungnahme des Ausschusses der Regionen³,

gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren,

in Erwägung nachstehender Gründe:

² ABl. C [...] vom [...], S. [...].

³ ABl. C [...] vom [...], S. [...].

- (1) Die Richtlinie 2004/37/EG dient dem Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung ihrer Gesundheit und Sicherheit durch Karzinogenen und Mutagenen am Arbeitsplatz. In der Richtlinie wird durch einen Rahmen allgemeiner Grundsätze ein einheitliches Niveau des Schutzes gegen Gefährdung durch Karzinogene oder Mutagene vorgegeben, um den Mitgliedstaaten die Gewährleistung einer einheitlichen Anwendung der Mindestvorschriften zu ermöglichen. Verbindliche Grenzwerte berufsbedingter Exposition, die auf der Grundlage der verfügbaren Informationen, einschließlich wissenschaftlicher und technischer Daten, festgelegt werden, sind ein wichtiger Bestandteil der in der Richtlinie festgelegten allgemeinen Vorkehrungen zum Schutz der Arbeitnehmer.
- (1a) Die Grenzwerte berufsbedingter Exposition sind Teil der Risikomanagementmaßnahmen im Rahmen der Richtlinie 2004/37/EG. Die Einhaltung dieser Grenzwerte berührt nicht andere Verpflichtungen der Arbeitgeber gemäß dieser Richtlinie, insbesondere die Verringerung der Verwendung von Karzinogenen oder Mutagenen am Arbeitsplatz, die Vermeidung oder Verringerung der Exposition der Arbeitnehmer gegenüber Karzinogenen oder Mutagenen und Maßnahmen, die zu diesem Zweck durchgeführt werden sollten. Diese Maßnahmen sollten, soweit technisch möglich, Folgendes umfassen: die Substitution des Karzinogens oder Mutagens durch Stoffe, Gemische oder Verfahren, die für die Gesundheit der Arbeitnehmer nicht oder weniger gefährlich sind, die Verwendung in einem geschlossenen System oder andere Maßnahmen zur Verringerung des Niveaus der Exposition der Arbeitnehmer.
- (1b) Bei den meisten Karzinogenen oder Mutagenen ist es wissenschaftlich nicht möglich, Expositionsgrenzen festzulegen, unterhalb deren bei der Exposition keine schädlichen Wirkungen auftreten würden. Obgleich die Festlegung der Grenzwerte für Karzinogene oder Mutagene bei der Arbeit gemäß dieser Richtlinie die Risiken für die Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer, die sich aus der Exposition bei der Arbeit ergeben, nicht vollständig beseitigt (Restrisiko), trägt sie dennoch zu einer erheblichen Verringerung der von dieser Exposition ausgehenden Risiken im Rahmen des schrittweisen und zielorientierten Ansatzes gemäß der Richtlinie 2004/37/EG bei. Bei anderen Karzinogenen oder Mutagenen ist es wissenschaftlich möglich, Expositionsgrenzen zu ermitteln, unterhalb deren bei der Exposition nicht mit schädlichen Wirkungen zu rechnen ist.
- (1c) Als Höchstgrenzen für die Exposition von Arbeitnehmern gegenüber einigen Karzinogenen oder Mutagenen gelten Werte, die gemäß der Richtlinie 2004/37/EG nicht überschritten werden dürfen. Diese Grenzwerte sollten überprüft werden, und es sollten Grenzwerte für weitere Karzinogene oder Mutagene festgelegt werden.

- (2) Die in dieser Richtlinie festgelegten Grenzwerte sollten erforderlichenfalls auf der Grundlage der verfügbaren Informationen, einschließlich wissenschaftlicher und technischer Daten, überprüft werden. Diese Informationen sollten nach Möglichkeit Angaben zu Restrisiken für die Gesundheit der Arbeitnehmer und Stellungnahmen des Beratenden Ausschusses für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz einschließen. Angaben zu Restrisiken, die auf EU-Ebene veröffentlicht werden, sind eine wertvolle Hilfe für die künftige Arbeit zur Begrenzung der Risiken durch die berufsbedingte Exposition gegenüber Karzinogenen oder Mutagenen, so auch für künftige Überprüfungen der in dieser Richtlinie festgelegten Grenzwerte.
- (3) Soll das größtmögliche Maß an Sicherheit gewährleistet werden, so ist es bei einigen Karzinogenen und Mutagenen erforderlich, andere Resorptionswege einschließlich der Möglichkeit einer Hautpenetration zu berücksichtigen.
- (4) Der Wissenschaftliche Ausschuss für Grenzwerte berufsbedingter Exposition (im Folgenden "Ausschuss") unterstützt die Kommission insbesondere bei der Auswertung der aktuellen wissenschaftlichen Daten und durch den Vorschlag von Grenzwerten berufsbedingter Exposition zum Schutz der Arbeitnehmer vor chemischen Gefahren, die gemäß der Richtlinie 98/24/EG des Rates⁴ sowie der Richtlinie 2004/37/EC auf Unionsebene festgesetzt werden müssen. Für die chemischen Arbeitsstoffe *o*-Toluidin und 2-Nitropropan lagen keine Empfehlungen des Ausschusses vor, sodass andere ausreichend robuste und öffentlich verfügbare wissenschaftliche Informationsquellen berücksichtigt wurden^{5 6}.

⁴ Richtlinie 98/24/EG des Rates vom 7. April 1998 zum Schutz von Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch chemische Arbeitsstoffe bei der Arbeit (vierzehnte Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 131 vom 5.5.1998, S. 11).

⁵ <http://monographs.iarc.fr/ENG/Monographs/vol77/mono77-11.pdf>
<http://monographs.iarc.fr/ENG/Monographs/vol99/mono99-15.pdf> und
<http://monographs.iarc.fr/ENG/Monographs/vol100F/mono100F-11.pdf>.

⁶ <http://monographs.iarc.fr/ENG/Monographs/vol1-42/mono29.pdf> und
<http://monographs.iarc.fr/ENG/Monographs/vol71/mono71-49.pdf>.

- (5) Es gibt hinreichende Nachweise für die Karzinogenität von alveolengängigem kristallinem Siliciumdioxidstaub (im Folgenden "Quarzfeinstaub"). Auf der Grundlage der verfügbaren Informationen, einschließlich wissenschaftlicher und technischer Daten, sollte ein Grenzwert für Quarzfeinstaub festgelegt werden. Für bei einem Arbeitsverfahren entstehenden Quarzfeinstaub besteht keine Einstufung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates⁷. Es ist daher angezeigt, Arbeiten, bei denen durch ein Arbeitsverfahren Exposition gegenüber Quarzfeinstaub besteht, in Anhang I der Richtlinie 2004/37/EG aufzunehmen und einen Grenzwert für Quarzfeinstaub ("alveolengängiger Anteil") festzulegen.
- (6) Leitlinien und Beispiele bewährter Praxis, die von der Kommission, den Mitgliedstaaten und den Sozialpartnern zusammengestellt wurden, oder andere Initiativen wie der im Rahmen des sozialen Dialogs getroffenen Vereinbarung über den Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer durch gute Handhabung und Verwendung von kristallinem Siliciumdioxid und dieses enthaltenden Produkten (NEPSi) sind wertvolle Instrumente zur Ergänzung regulatorischer Maßnahmen, insbesondere zur Unterstützung der wirksamen Umsetzung von Grenzwerten. Dazu gehören auch Maßnahmen zur Vermeidung oder Minimierung der Exposition wie die durch Wasserzufuhr unterstützte Unterdrückung von Staubemissionen im Falle von Quarzfeinstaub.
- (7) Die Grenzwerte für Vinylchloridmonomer und Hartholzstäube in Anhang III der Richtlinie 2004/37/EG sollten unter Berücksichtigung neuerer wissenschaftlicher und technischer Daten überarbeitet werden.
- (8) 1,2-Epoxypropan erfüllt die Kriterien für eine Einstufung als karzinogener Stoff (Kategorie 1B) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 und ist daher ein Karzinogen im Sinne der Richtlinie 2004/37/EG. Auf der Grundlage der verfügbaren Informationen, einschließlich wissenschaftlicher und technischer Daten, kann eine Expositionsgrenze ermittelt werden, unterhalb deren bei der Exposition gegenüber diesem Karzinogen nicht mit schädlichen Wirkungen zu rechnen ist. Es ist daher angezeigt, einen Grenzwert für 1,2-Epoxypropan festzulegen.

⁷ Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen (ABl. L 353 vom 31.12.2008, S. 1).

- (9) 1,3-Butadien erfüllt die Kriterien für eine Einstufung als karzinogener Stoff (Kategorie 1A) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 und ist daher ein Karzinogen im Sinne der Richtlinie 2004/37/EG. Es ist möglich, auf der Grundlage der verfügbaren Informationen, einschließlich der wissenschaftlichen und technischen Daten, einen Grenzwert für dieses Karzinogen festzulegen. Es ist daher angezeigt, einen Grenzwert für 1,3-Butadien festzulegen.
- (10) 2-Nitropropan erfüllt die Kriterien für eine Einstufung als karzinogener Stoff (Kategorie 1B) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 und ist daher ein Karzinogen im Sinne der Richtlinie 2004/37/EG. Es ist möglich, auf der Grundlage der verfügbaren Informationen, einschließlich der wissenschaftlichen und technischen Daten, einen Grenzwert für dieses Karzinogen festzulegen. Es ist daher angezeigt, einen Grenzwert für 2-Nitropropan festzulegen.
- (11) Acrylamid erfüllt die Kriterien für eine Einstufung als karzinogener Stoff (Kategorie 1B) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 und ist daher ein Karzinogen im Sinne der Richtlinie 2004/37/EG. Es ist möglich, auf der Grundlage der verfügbaren Informationen, einschließlich der wissenschaftlichen und technischen Daten, einen Grenzwert für Acrylamid festzulegen. Der Ausschuss hat in Bezug auf Acrylamid festgestellt, dass größere Mengen des Stoffs durch die Haut aufgenommen werden können. Es ist daher angezeigt, einen Grenzwert für Acrylamid festzulegen und diesem Stoff einen Hinweis auf die Möglichkeit einer signifikanten Aufnahme über die Haut zuzuweisen.
- (12) Bestimmte Chrom(VI)-Verbindungen erfüllen die Kriterien für eine Einstufung als karzinogener Stoff (Kategorie 1A oder 1B) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 und sind daher Karzinogene im Sinne der Richtlinie 2004/37/EG. Es ist möglich, auf der Grundlage der verfügbaren Informationen, einschließlich der wissenschaftlichen und technischen Daten, einen Grenzwert für Chrom(VI)-Verbindungen festzulegen. Es ist daher angezeigt, einen Grenzwert für Chrom(VI)-Verbindungen festzulegen, die Karzinogene im Sinne der Richtlinie 2004/37/EG sind.

- (13) Ethylenoxid erfüllt die Kriterien für eine Einstufung als karzinogener Stoff (Kategorie 1B) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 und ist daher ein Karzinogen im Sinne der Richtlinie 2004/37/EG. Es ist möglich, auf der Grundlage der verfügbaren Informationen, einschließlich der wissenschaftlichen und technischen Daten, einen Grenzwert für dieses Karzinogen festzulegen. Der Ausschuss hat in Bezug auf Ethylenoxid festgestellt, dass größere Mengen des Stoffs durch die Haut aufgenommen werden können. Es ist daher angezeigt, einen Grenzwert für Ethylenoxid festzulegen und diesem Stoff einen Hinweis auf die Möglichkeit einer signifikanten Aufnahme über die Haut zuzuweisen.
- (14) *o*-Toluidin erfüllt die Kriterien für eine Einstufung als karzinogener Stoff (Kategorie 1B) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 und ist daher ein Karzinogen im Sinne der Richtlinie 2004/37/EG. Es ist möglich, auf der Grundlage der verfügbaren Informationen, einschließlich der wissenschaftlichen und technischen Daten, einen Grenzwert für dieses Karzinogen festzulegen. Es ist daher angezeigt, einen Grenzwert für *o*-Toluidin festzulegen und diesem Stoff einen Hinweis auf die Möglichkeit einer signifikanten Aufnahme über die Haut zuzuweisen.
- (15) Bestimmte feuerfeste Keramikfasern erfüllen die Kriterien für eine Einstufung als karzinogener Stoff (Kategorie 1B) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 und sind daher Karzinogene im Sinne der Richtlinie 2004/37/EG. Es ist möglich, auf der Grundlage der verfügbaren Informationen, einschließlich der wissenschaftlichen und technischen Daten, einen Grenzwert für diejenigen feuerfesten Keramikfasern festzulegen, die Karzinogene im Sinne der Richtlinie 2004/37/EG sind. Es ist daher angezeigt, einen Grenzwert für diese feuerfesten Keramikfasern festzulegen.
- (16) Bromethylen erfüllt die Kriterien für eine Einstufung als karzinogener Stoff (Kategorie 1B) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 und ist daher ein Karzinogen im Sinne der Richtlinie 2004/37/EG. Es ist möglich, auf der Grundlage der verfügbaren Informationen, einschließlich der wissenschaftlichen und technischen Daten, einen Grenzwert für dieses Karzinogen festzulegen. Es ist daher angezeigt, einen Grenzwert für Bromethylen festzulegen.

- (17) Hydrazin erfüllt die Kriterien für eine Einstufung als karzinogener Stoff (Kategorie 1B) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 und ist daher ein Karzinogen im Sinne der Richtlinie 2004/37/EG. Es ist möglich, auf der Grundlage der verfügbaren Informationen, einschließlich der wissenschaftlichen und technischen Daten, einen Grenzwert für Hydrazin festzulegen. Der Ausschuss hat in Bezug auf dieses Karzinogen festgestellt, dass größere Mengen des Stoffs durch die Haut aufgenommen werden können. Es ist daher angezeigt, einen Grenzwert für Hydrazin festzulegen und diesem Stoff einen Hinweis auf die Möglichkeit einer signifikanten Aufnahme über die Haut zuzuweisen.
- (18) Diese Änderung erhöht den Schutz der Gesundheit der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz.
- (19) Die Kommission konsultierte den Beratenden Ausschuss für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, der durch den Beschluss des Rates vom 22. Juli 2003 eingesetzt worden ist. Sie hat außerdem eine zweistufige Anhörung der Sozialpartner auf europäischer Ebene gemäß Artikel 154 AEUV durchgeführt.
- (20) Diese Richtlinie steht im Einklang mit den in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union anerkannten Grundrechten und Grundsätzen, insbesondere mit deren Artikel 31 Absatz 1.
- (21) Die in dieser Richtlinie festgelegten Grenzwerte werden im Lichte der Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 fortlaufend überprüft, um insbesondere den Wechselwirkungen zwischen den gemäß der Richtlinie 2004/37/EG festgelegten Grenzwerten und den DNEL-Werten (Derived No Effect Levels), die im Rahmen der genannten Verordnung für gefährliche Chemikalien festgelegt wurden, Rechnung zu tragen.
- (22) Da die Ziele dieser Richtlinie, nämlich die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Schutz der Gesundheit der Arbeitnehmer gegen die besondere Gefährdung durch Karzinogene und Mutagene, auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend verwirklicht werden können, sondern besser auf Unionsebene zu erreichen sind, kann die Union im Einklang mit dem in Artikel 5 Absatz 3 des Vertrags über die Europäische Union niedergelegten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. In Einklang mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gemäß Artikel 5 Absatz 4 EUV geht diese Richtlinie nicht über das zur Erreichung dieser Ziele erforderliche Maß hinaus.

(23) Da der vorliegende Rechtsakt die Gesundheit der Arbeitnehmer an ihrem Arbeitsplatz betrifft, sollte die Frist für die Umsetzung dieser Richtlinie zwei Jahre betragen.

(24) Die Richtlinie 2004/37/EG sollte daher entsprechend geändert werden –

HABEN FOLGENDE RICHTLINIE ERLASSEN:

Artikel 1

Die Richtlinie 2004/37/EG wird wie folgt geändert:

1. In Anhang I wird folgende Nummer angefügt:

"6. Arbeiten, bei denen durch ein Arbeitsverfahren Exposition gegenüber Quarzfeinstaub besteht".

2. Anhang III erhält die Fassung des Anhangs dieser Richtlinie.

Artikel 2

1. Die Mitgliedstaaten setzen die Rechts- und Verwaltungsvorschriften in Kraft, die erforderlich sind, um dieser Richtlinie binnen zwei Jahren nach ihrem Inkrafttreten nachzukommen. Sie teilen der Kommission unverzüglich den Wortlaut dieser Vorschriften mit.

Bei Erlass dieser Vorschriften nehmen die Mitgliedstaaten in den Vorschriften selbst oder durch einen Hinweis bei der amtlichen Veröffentlichung auf die vorliegende Richtlinie Bezug. Die Mitgliedstaaten regeln die Einzelheiten dieser Bezugnahme.

2. Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission den Wortlaut der nationalen Vorschriften mit, die sie auf dem unter diese Richtlinie fallenden Gebiet erlassen.

Artikel 3

Diese Richtlinie tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Artikel 4

Diese Richtlinie ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Geschehen zu Brüssel am

<i>Im Namen des Europäischen Parlaments</i>	<i>Im Namen des Rates</i>
<i>Der Präsident</i>	<i>Der Präsident</i>

"Anhang III: Grenzwerte und andere damit unmittelbar zusammenhängende Bestimmungen (Artikel 16)

A. GRENZWERTE BERUFSBEDINGTER EXPOSITION

CAS Nr. (⁸)	EG-Nr.(⁹)	BEZEICHNUNG DES ARBEITSTOFFS	GRENZWERTE(¹⁰)			Hinweis(¹¹)
			mg/m ³ (¹²)	ppm(¹³)	f/ml(¹⁴)	
–	–	Hartholzstäube	3 (¹⁵)	–	–	–
–	–	Chrom(VI)- Verbindungen, die Karzinogene im Sinne von Artikel 2 Buchstabe a Ziffer i der Richtlinie sind (als Chrom)	0,025	–	–	–
–	–	Feuerfeste Keramikfasern, die Karzinogene im Sinne von Artikel 2 Buchstabe a Ziffer i der Richtlinie sind	–	–	0,3	–
–	–	Alveolengängiges kristallines Siliciumdioxid	0,1 (¹⁶)	–	–	–

⁸ CAS-Nr.: Nummer des "Chemical Abstracts Service".

⁹ Die EG-Nummer, d. h. die EINECS-, ELINCS- oder NLP-Nummer, ist die offizielle Nummer des Stoffes innerhalb der Europäischen Union, wie in Anhang VI Teil 1 Abschnitt 1.1.1.2 der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 aufgeführt.

¹⁰ Gemessen oder berechnet anhand eines Bezugszeitraums von 8 Stunden.

¹¹ Deutliche Erhöhung der Gesamtbelastung des Körpers durch dermale Exposition möglich.

¹² mg/m³ = Milligramm pro Kubikmeter Luft bei 20 °C und 101,3 kPa (760 mm Quecksilbersäule).

¹³ ppm = Volumenteile pro Million in Luft (ml/m³).

¹⁴ f/ml = Fasern pro Milliliter.

¹⁵ Einatembare Anteil: wenn Hartholzstäube mit anderen Holzstäuben vermischt sind, gilt der Grenzwert für sämtliche in der Mischung enthaltenen Holzstäube.

¹⁶ Alveolengängiger Anteil.

CAS Nr. (⁸)	EG-Nr.(⁹)	BEZEICHNUNG DES ARBEITSSTOFFS	GRENZWERTE(¹⁰)			Hinweis(¹¹)
			mg/m ³ (¹²)	ppm(¹³)	f/ml(¹⁴)	
71-43-2	200-753-7	Benzol	3,25	1	–	Haut
75-01-4	200-831-0	Vinylchloridmonomer	2,6	1	–	–
75-21-8	200-849-9	Ethylenoxid	1,8	1	–	Haut
75-56-9	200-879-2	1,2-Epoxypropan	2,4	1	–	–
79-06-1	201-173-7	Acrylamid	0,1	–	–	Haut
79-46-9	201-209-1	2-Nitropropan	18	5	–	–
95-53-4	202-429-0	<i>o</i> -Toluidin	0,5	0,1	–	Haut
106-99-0	203-450-8	1,3-Butadien	2,2	1	–	–
302-01-2	206-114-9	Hydrazin	0,013	0,01	–	Haut
593-60-2	209-800-6	Bromethylen	4,4	1	–	–

B. ANDERE DAMIT UNMITTELBAR ZUSAMMENHÄNGENDE BESTIMMUNGEN
z. E."
